

Weltfremd

Als Finanzsenator Ulrich Nußbaum, parteilos, erfuhr, dass sein Kontrahent im Senat, Michael Müller, Regierungschef wird, verzichtete er auf sein Amt. Sehr weise. Vermutlich hätte ihn Michael Müller so und so rausgeschmissen. Leider ist er nicht nach Bremen zurückgegangen, wo er auch Finanzsenator und Fischhändler war. Berlin hat ihm dann doch so gut gefallen, dass er hier geblieben ist. Seitdem beglückt er jede Woche die immer weniger werdenden Leser der BZ mit seinen besserwisserischen Kommentaren zur Berliner Politik. Und damit man auf seine Kolumne auch als nicht BZ-Leser aufmerksam wird, betätigt sich der Tagesspiegel im Newsletter seines Chefredakteurs Maroldt als Steigbügelhalter:

„Ex-Finanzsenator Nußbaum kritisiert heute in seiner B.Z.-Kolumne die Ämterhäufung des Regierenden Bürgermeisters, der neben seinem Abgeordnetenmandat und dem Flughafen-Aufsichtsratsvorsitz jetzt ja auch noch den Parteivorsitz einschließlich Wahlkampfführung übernimmt. Zur vollständigen Kontrolle fehlt ihm jetzt eigentlich nur noch der Fraktionsvorsitz - für die Führung der Opposition kann er ja dann noch einen seiner Staatssekretäre einsetzen.“ Hahaha, tolle Satire, ganz ohne Unterleibskomik.

„Regierungs-Mitglieder sollten nicht gleichzeitig Abgeordnete sein“, schreibt Nußbaum, der, da er nicht Parteimitglied war, gar nicht erst in die Versuchung gekommen ist, auch Abgeordneter sein zu müssen/dürfen. Nußbaum kommt mal wieder mit dem Hamburg-Vergleich, den sich er und sein Vorgänger Sarrazin so gern zu Eigen machten, um uns zu erklären, dass bei uns zu viele Polizisten unterwegs seien. Ergebnis 2015/2016: Stopfen der Sarrazinschen/Nußbaumschen Lücken mit neuem Personal.

Die Trennung von Amt und Mandat ist ein hehres Ziel, leider aber weltfremd. Die Realität sieht anders aus, ob in den Ländern oder im Bund. Lediglich in den Berliner Bezirksverordnetenversammlungen kann man nicht gleichzeitig Verordneter und Stadtrat sein.

Um ins Parlament zu kommen, also Abgeordneter zu werden, aus dessen Reihen im Regelfall später Bürgermeister und Senatoren gewählt werden, muss man sich einen Wahlkreis sichern und in sei-

nem Bezirk einen möglichst guten Platz auf der Liste seiner Partei bekommen. Man kann auch Senator werden, ohne Abgeordneter zu sein, das ist jedoch die Ausnahme.

Gerade die Verankerung in einem Wahlkreis sorgt für die Bodenständigkeit von Politikern. Das gilt in besonderer Weise auch für Regierungsmitglieder. Sie müssen dafür arbeiten und kämpfen, erst einmal in ihrem Wahlkreis erfolgreich zu sein. Sie müssen sich also um die Probleme in ihrem Kiez kümmern. Meistens ist es ja so, dass die Wahlkreis-kandidaten auch in diesem Kiez wohnen, was gut ist. Sie sollten schon mitbekommen, was vor ihrer Haustür geschieht.

Diese Verbindung zwischen Basis und hohem Amt ist von besonderer Bedeutung. Und sie hat sich bewährt, ist Lebenswirklichkeit geworden. So gesehen, sind Nußbaums Äußerungen weltfremd.

Dass zu den Aufgaben, Abgeordneter und Regierungsmitglied zu sein, auch der Vorsitz der eigenen Partei gehören sollte, ist folgerichtig. „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“, steht in Artikel 21 des Grundgesetzes. Somit sollte die Partei auch in einer Regierung ganz oben angesiedelt sein. Es war ja gerade das Problem von Jan Stöß, dass er weder dem Abgeordnetenhaus noch dem Senat angehörte. Ein Parteichef, der nur von außen tätig werden kann, ist zahlos.

Nußbaum macht sich Sorgen, dass „ein Politiker nicht auf mehreren Hochzeiten gleichzeitig tanzen“ kann. Es ist alles eine Sache des Zeitmanagements. Dass Spitzenpolitiker mit wenig Schlaf auskommen müssen, ist ihnen vorher bekannt. Wer sich dem hingibt, darf darüber nicht klagen.

Natürlich lässt Nußbaum den Seitenhieb auf den Vorgang „Rechnung Scherz“ nicht unerwähnt. Haben wir ja auch lange nicht drüber gesprochen. Die klare Trennung von Amt und Mandat gelinge nicht immer, meint Nußbaum. Und er hat noch ein Beispiel parat: „Oder wenn Frank Henkel sich fragen lassen muss, warum er zum Wahlkampfauftakt auf Dienstreise nach China fährt.“ Henkel setzt eben Prioritäten: Job vor Partei. Das ist doch lobenswert.

„Die Vermischung der Rollen kommt beim Wähler nicht gut an, zu Recht!“, meint Nußbaum. Ist das so? Ich finde, dass es nicht gut ankommt, wenn ein abgehalfterter Politiker im Nachhinein die Regierung beschimpft, der er einst angehörte.

Ed Koch